



**Unterausschuß "Personal" des
Haushalts- und Finanzausschusses**

28. Sitzung (nicht öffentlich)

12. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 14.50 Uhr

Vorsitz: Peter Bensmann (CDU)

Stenograph(in): Franz-Josef Eilting, Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

a) Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes

§ 7 a Abs. 5 - neu - und 6 des Haushaltsgesetzes 1998 (Stellenbörse)

Vorlage 12/1599

1

Der Unterausschuß berät die Vorlage und erörtert eine vorgesehene Ergänzung.

b)	Personalhaushalte in den Einzelplänen	2
	Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann	2
	Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft	4
	Einzelplan 12 - Finanzministerium	8
	Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen	15
	Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	17
	Einzelplan 01 - Landtag	18

Der Unterausschuß berät die personalrelevanten Vorschriften der genannten Einzelpläne. Die Beratungen zu Einzelplan 01 sollen am 26.11.1997 fortgeführt werden.

2 Die Landesregierung muß ihrer Ausbildungsverpflichtung nachkommen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2448

27

Der Unterausschuß setzt seine Beratungen fort.

3 Einrichtung einer Leerstelle im Einzelplan 02

Vorlage 12/1587

Der Unterausschuß empfiehlt dem HFA ohne Aussprache einstimmig, in die Einrichtung der Leerstelle einzuwilligen.

4 Einrichtung einer Leerstelle gemäß § 7 Abs. 4 Haushaltsgesetz 1997 im Einzelplan 07

Vorlage 12/1648

28

Nach kurzer Erörterung wird die Entscheidung einvernehmlich zurückgestellt.

5 Erfahrungsbericht zur Vorschrift des § 7 a Abs. 5 Haushaltsgesetzentwurf 1998

Vorlage 12/1599

-

6 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung

Vorlagen 12/1596 und 12/1597

-

TOP 5 und 6 werden vertagt.

7 Achtes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2124

30

Der Unterausschuß empfiehlt dem HFA einstimmig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

8 Bericht über die Auflösung der Eichämter

Vorlage 12/1658

**9 Kosten der Beihilfebearbeitung für Beamtinnen und Beamte im Lande
Nordrhein-Westfalen**

Zuschrift 12/1375

Vorlage 12/1654

TOP 8 und 9 werden ebenfalls vertagt.

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

a) Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes

§ 7 a Abs. 5 - neu - und 6 des Haushaltsgesetzes 1998 (Stellenbörse)

Vorlage 12/1599

Vorsitzender Peter Bensmann erinnert daran, daß die Vorschrift des § 7 a Abs. 5 Haushaltsgesetzentwurf 1998 in der Klausursitzung des Haushalts- und Finanzausschusses im September diesen Jahres bereits eine Rolle gespielt habe. Der nun mit Vorlage 12/1599 vorliegende Erfahrungsbericht zeige auf, warum eine durchgreifende Beschleunigung bei der Realisierung der kw-Vermerke nicht habe erreicht werden können.

In der Vorlage heiße es, daß die Erfahrungen aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft gezeigt hätten, daß Bedienstete bei gleichen Bedingungen kaum zu einem überregionalen Wechsel des Arbeitsplatzes bereit seien. Nach dem Landesbeamtengesetz sei aber jeder Beamte in Nordrhein-Westfalen verpflichtet, jeden Platz anzunehmen. Er frage, wie die Landesregierung zu der Problematik stehe.

Die Erfahrungen, die in dem Bericht wiedergegeben würden, machten alle Geschäftsbereiche, beginnt **Regierungsdirektor Brommund (Finanzministerium)** seine Ausführungen. In der Regel werde ein einvernehmliches Verfahren gesucht.

Das Dienstrechtsreformgesetz räume nun die Möglichkeit ein, Abordnungen auch gegen den Willen der Betroffenen für längere Zeit auszusprechen. Von diesem Instrument solle verstärkt Gebrauch gemacht werden. Er gehe davon aus, daß dies zu Konflikten mit den Personalvertretungen und den Interessen des einzelnen führen werde. Dazu lägen aber noch keine Erfahrungen vor.

Vorsitzender Peter Bensmann merkt an, daß der Finanzminister Ausnahmen von der Ausschreibungspflicht gemäß § 7 a Abs. 6 zulassen könne.

Der Gutachterdienst schlage vor, daß dieses Recht auch dem Präsidenten des Landtages in den Fällen des Einzelplans 01 und der Präsidentin des Landesrechnungshofs in den Fällen des Einzelplans 13 eingeräumt werde. Er empfehle, diesem Vorschlag analog der Regelungen in anderen Bereichen zu folgen. - Der Vorsitzende stellt Einvernehmlichkeit fest.

b) **Personalhaushalte in den Einzelplänen**

Einzelplan 11 - Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Im Einzelplan 11 habe es keine Personalveränderungen gegeben, stellt **Vorsitzender Peter Bensmann** heraus. Allerdings gebe es das Dauerthema Umwandlungen von Beamtenstellen in Angestelltenstellen. Er bitte um Darstellung der Ist-Besetzung.

Oberamtsrat Dornemann (Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann) teilt mit, zur Zeit würden vier Angestellte auf Beamtenstellen geführt. Sie strebten voraussichtlich keine Verbeamtung an.

Vorsitzender Peter Bensmann erinnert daran, daß in solchen Fällen die Beamtenstellen haushaltsrechtlich in Angestelltenstellen umgewandelt werden sollten. - Bei einer dauerhaften Besetzung von Planstellen durch Angestellte sollte aus Gründen der Haushaltsklarheit eine Umwandlung der Stellen vorgenommen werden, bestätigt **RD Brommund (FM)**. Sicherlich müsse man auch die Probleme vor Augen haben, die sich aus der Umwandlung bei der Stellenschlüsselung ergeben, nämlich die Reduzierung des Stellenplans. Grundsätzlich sollten die Stellen aber umgewandelt werden.

Damals habe man sich mit dem Aufbau eines jungen Ministeriums zufriedengegeben, meint **Vorsitzender Peter Bensmann**. Wenn die Besetzung aber auf Dauer nicht geändert werde - vielleicht lägen da die Voraussetzungen nicht vor - und die Stellen auch zukünftig von Angestellten besetzt blieben, müsse man das umändern.

Die Personalsituation in einem Hause befinde sich immer im Fluß, bemerkt **OAR Dornemann (MGFM)**. Die Grundsatzproblematik Angestelltenstellen/Beamtenstellen bestehe nach wie vor. Falls sich eine Vakanz ergeben sollte, könnte sich die Situation auch wieder ändern.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) plädiert für eine Umwandlung der Stellen, wenn es sich abzeichne, daß Angestellte auf diesen Stellen blieben.

Natürlich müsse bei Stellenbesetzungen die Möglichkeit bestehen bleiben, eine Angestelltenstelle wieder in eine Beamtenstelle umzuwandeln. Aus Gründen der Haushaltsklarheit sollten hier Angestelltenstellen ausgewiesen werden.

Auf eine entsprechende Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** antwortet **RD Brommund (FM)**, während der Haushaltsaufstellung könne eine Umwandlung vorgenommen werden.

OAR Dornemann (MGFM) merkt an, früher habe es noch mehr Angestellte auf Beamtenstellen gegeben. Die Zahl sei deutlich reduziert worden.

Ob die vier Positionen unabhängig von der Besetzung Angestelltenstellen bleiben sollten, müsse mit den Betroffenen abgestimmt werden. Bei einem kleinen Ministerium sollte die Flexibilität in der Haushaltsausführung erhalten bleiben, Beamtinnen, Beamte oder Angestellte einzustellen. Bei einer Umwandlung wäre diese Flexibilität nicht mehr gegeben.

Irmgard Mierbach (SPD) betont, grundsätzlich bestehe Diskussionsbedarf darüber, ob nur noch Personen, die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, auf Beamtenstellen geführt werden dürften. Dies dürfe nicht in das Belieben der Person fallen, die gerade auf einer Position sitze. Die Diskussion habe aber noch zu keinem einvernehmlichen Ergebnis geführt.

Diese Diskussion gehe allerdings über diesen Einzelplan hinaus und müsse in der Landesregierung geführt werden, merkt **OAR Dornemann (MGFM)** an.

RD Brommund (FM) verweist auf die Diskussion innerhalb der Landesregierung zum Einsatz von Beamten ausschließlich im engeren hoheitlichen Bereich. Eine abschließende Beschlußfassung dazu habe noch nicht stattgefunden, weil zunächst auch Vorkehrungen, zum Teil mit dem Bund - siehe Haushaltsgrundsätzegesetz -, getroffen werden müßten.

Innerhalb des nächsten Jahres werde aber ein Schlußbericht für die Landesregierung erstellt, damit es zu einer abschließenden Beschlußfassung komme, die das bekräftige, was damals formuliert worden sei: Reduzierung der Beamten auf die klassischen Bereiche und Umwandlung der Bereiche, in denen Angestellte und Arbeiter eingesetzt würden. Auch wenn im Rahmen dieses Grundsatzbeschlusses eine Regelung gefunden werde, werde sich die Ausführung frühestens im Haushalt 1999 niederschlagen.

Vorsitzender Peter Bensmann schlägt vor abzuwarten, was die Landesregierung vorschlage, und die Diskussion dann wieder aufzunehmen.

Dem Erläuterungsband - Vorlage 12/1525 - entnimmt der Vorsitzende, daß der kw-Vermerk zur Sicherstellung der notwendigen ADV-Systembetreuung bis Ende 1998 verlängert werde. Ihn interessiere, ob eine weitere Verlängerung über das Jahr 1998 hinaus erforderlich sei.

OAR Dornemann (MGFM) legt dar, im Erläuterungsband werde auch ein Hinweis auf die Organisationsuntersuchung gegeben, die im Gleichstellungsministerium anstehe. Die Ergebnisse der Untersuchung würden voraussichtlich Ende nächsten Jahres vorliegen. Erst dann wolle man entscheiden, ob eine eigene Stelle eingerichtet werden müsse.

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorsitzender Peter Bensmann macht darauf aufmerksam, daß bei den Umweltämtern, der LÖBF und der Landesforstverwaltung das Personal weiter abgebaut werde. Nur bei den Staatlichen Veterinäruntersuchungsämtern komme es zu einer Aufstockung.

Die Zahl der Auszubildenden bleibe mit 402 konstant. Ihn interessiere in diesem Zusammenhang die Ist-Besetzung. Nach Auffassung der Berufsverbände bestehe eine Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Zahlen und den im Haushaltsentwurf angegebenen.

Leitender Ministerialrat Fischer (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) unterstreicht, die Landesregierung stütze sich auf die Angaben des Ministeriums. Falls es zu Diskrepanzen gekommen sei, müsse Aufklärung betrieben werden.

Von den 402 Stellen entfielen 313 auf den klassischen Ausbildungsbereich nach dem Berufsbildungsgesetz; 79 Stellen entfielen auf Praktikanten und zehn auf Schüler.

Im letzten Jahr habe es 70 Praktikantenstellen bei dem Chemischen Landesuntersuchungsamt in Münster gegeben. Sie seien für Praktika für Lebensmittelchemiker vor der zweiten Staatsprüfung notwendig. Davon seien 61 zur Zeit besetzt.

Von den 313 Auszubildendenstellen seien immerhin 298 besetzt. Die Anzahl der Schüler, die im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung ein Praktikum bei der LÖBF/LAfAO gemacht hätten, seien im übrigen nicht hinzugezählt worden.

Die nicht besetzten Stellen bei den Auszubildenden hätten damit zu tun, daß einige die Ausbildung erst gar nicht begonnen hätten, andere wiederum seien abgesprungen. Es werde aber versucht, die Stellen sofort wiederzubesetzen.

Die Landesregierung habe einen zweiprozentigen Stellenabbau bereits im Jahre 1995 beschlossen. Danach hätten noch drei kw-Vermerke im Rahmen der Einsparverpflichtung im Einzelplan 10 realisiert werden müssen, führt **Vorsitzender Peter Bensmann** an. Er bitte um Erläuterung.

Eine genaue Prognose, wann diese Stellen aufgrund der Altersstruktur abgebaut seien, könne er zur Zeit nicht abgeben, meint **LMR Fischer (MURL)**. Da auch die 58er-Regelung greife, werde es vermutlich zu weiteren Reduzierungen kommen.

Für die staatliche Veterinärverwaltung lägen beispielsweise fünf Anträge auf vorzeitige Beendigung der Arbeitsverhältnisse vor, so daß je zwei kw-Vermerke aus den Einsparauflagen 1995 und 1996 abgebaut werden könnten.

Entsprechend einer Bitte des **Vorsitzenden** erklärt **RD Brommund (FM)**, zum Jahresende sei eine Abfrage an alle Ressorts gegangen, wieviel Stellen aufgrund von Vorruhestandsregelungen tatsächlich frei geworden seien. Die Landesregierung habe grundsätzlich dazu bemerkt, diese Regelung komme nur dann zur Anwendung, wenn kw-Vermerke realisiert würden.

Er schlage vor, die Zusammenstellung über die realisierten kw-Vermerke um den Teil Vorruhestandsregelung zu ergänzen.

Vorsitzender Peter Bensmann äußert die Bitte, die Auswirkungen der Stellenbörse hinzuzufügen, um zu sehen, wie die Instrumente wirkten.

Sodann hätte der Vorsitzende gerne zum Personalentwicklungskonzept gerne den Sachstand erläutert. - **LMR Fischer (MURL)** führt aus, die aufzunehmenden Themenbereiche seien mit dem Hauptpersonalrat besprochen worden. Innerhalb des Hauses würden noch Abstimmungen vorgenommen. - Die Entwicklung von Berufsbildern bleibe der Arbeit von Arbeitsgruppen vorbehalten. Andere Dinge stünden kurz vor der Entscheidung.

Vorsitzender Peter Bensmann fragt, warum zur Unterstützung der Organisationsuntersuchung zwei beamtete Hilfskräfte vorgesehen seien. - Es handele sich dabei um Abordnungsstellen für Bedienstete, die diejenigen ersetzen sollten, die hausintern die Organisationsuntersucher unterstützten, antwortet **LMR Fischer (MURL)**. Laut Leistungsbeschreibung seien dem Organisationsuntersucher ständig zwei Kräfte zur Verfügung zu stellen. Für deren Arbeitsbereiche würden zwei Abordnungsstellen benötigt.

Das sei das erste Mal, daß extra Personal haushaltsmäßig bereitgestellt werde, um solch eine Untersuchung durchzuführen, bemerkt **Vorsitzender Peter Bensmann**.

Es handele sich aber nicht um Einstellungen, sondern nur um Abordnungen, stellt **LMR Fischer (MURL)** heraus. Es gebe also keine zusätzlichen Personalausgaben. Auch in anderen Häusern stehe in der Leistungsbeschreibung, daß Personal zur Verfügung gestellt werden müsse. Bislang habe es sich zumeist um eine Person gehandelt, bei der Untersuchung der Justizverwaltung aber auch schon um zwei. Dort werde dieses Modell ebenfalls praktiziert.

Die Hebung einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 in die Besoldungsgruppe B 2 wird - auf Bitte des **Vorsitzenden Peter Bensmann** - von **LMR Fischer (MURL)** damit begründet, der Stellenplan werde in allen Kapiteln jedes Jahr neu geschlüsselt. Bei neuen Situationen ergäben sich auch neue Positionen in den Beförderungsämtern. Hier sei eine Stelle ohne Besoldungsaufwand zunächst aus der Schlüsselung herausgenommen worden, die nun wieder einbezogen werde. Das könne sich durchaus wieder ändern.

Vorsitzender Peter Bensmann stellt heraus, der Haushaltsentwurf 1998 sehe im Kapitel 10 120 - Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter - eine Reduzierung um sieben Planstellen vor. Im Haushaltsentwurf erfolge eine Umwandlung von 24 Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 in 24 Planstellen der Besoldungsgruppe A 10. Er frage, ob der Umwandlung der 24 Planstellen der ehemaligen Gewerbeaufsichtsverwaltung ein Beschluß der Landesregierung zugrunde liege.

LMR Fischer (MURL) antwortet, diese 24 Stellen seien in Abstimmung mit dem Finanzminister umgewandelt worden. Der mittlere technische Dienst der staatlichen Umweltverwaltung habe seit einigen Jahren eine unbefriedigende Beförderungs- und Aufstiegssituation. Er nehme zudem im Prinzip die gleiche Aufgabe wahr wie der gehobene Dienst. In den letzten zwei Jahren sei die Situation durch Umwandlung von Planstellen und die Einleitung von Aufstiegsstellen erheblich verbessert worden. Im Haushalt 1996 seien 12 Bedienstete in den gehobenen Dienst aufgestiegen. Zusätzlich hätten einige Hebungen von A 8 nach A 9 stattgefunden.

Was den Beschluß der Landesregierung angehe, so sei das der Beschluß zum Haushaltsentwurf, ergänzt **RD Brommund (FM)**. Ob das im Haushaltsentwurf 1999 wieder eine Rolle spielen werde, werde Gegenstand der Haushaltsberatung zwischen den Häusern sein.

Der Unterausschuß "Personal" habe sich schon mehrfach mit der Thematik beschäftigt und eine Verbesserung des mittleren Dienstes unterstützt, bestätigt **Ernst-Martin Walsken (SPD)**. Insoweit sei die Frage nach einer weitergehenden Konzeption im Hause berechtigt.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) möchte wissen, ob von der Umwandlung die betreffenden Stelleninhaber im mittleren Dienst profitierten oder aber ob externe Personen auf die Stellen gesetzt würden.

Die Situation des mittleren Dienstes stehe im Mittelpunkt, stellt **Ernst-Martin Walsken (SPD)** heraus. In solchen Fällen müsse man die Signalwirkung betrachten.

Er bitte das Finanzministerium, eine Gesamtübersicht über die Situation des mittleren Dienstes und die Veränderungen vorzulegen. Die größten Einschnitte gebe es ja im Polizeibereich.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet um Darlegung des Ist-Zustandes bei der Überführung des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst. Dabei spielten auch die Prognosen und Absichten der Landesregierung eine ausschlaggebende Rolle.

RD Brommund (FM) sagt eine Übersicht für Anfang kommenden Jahres zu. Eine generelle Konzeption der Landesregierung zum mittleren Dienst gebe es zur Zeit nicht. Wie im Polizeibereich würden einzelne Fälle im Haushaltsentwurf geregelt.

Aus Sicht des Finanzministers seien die Regelungen im Polizeibereich allerdings ein "Sündenfall". Ein Dambruch werde geöffnet. Jede Weiterung - er denke an den feuerwehrtechnischen Dienst oder die Gewerbeaufsicht - fördere nur den Druck auf die dann noch vorhandenen Laufbahnen.

LMR Fischer (MURL) teilt mit, die Aufstiegsstellen seien für den Aufstieg aus dem mittleren Dienst vorgesehen und nicht etwa für externe Besetzungen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** nach den Aufgaben des in Kapitel 10 130 - Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung, Verwaltung für Agrarordnung - aufgeführten forstlichen Dienstes antwortet **LMR Fischer (MURL)**, die Förster seien in eine neue Dienstart überführt worden. Das habe mit der Organisationsuntersuchung der Landesanstalt und des Landesamtes für Agrarordnung zu tun. Der Gutachter habe festgestellt, daß die 40 Stellen kw-gestellt und deren Aufgaben bei den Forstämtern weitergeführt werden sollten.

Eine Überführung der 40 Stellen mit kw-Vermerken in die Forstverwaltung sei erfolgt. Gleichwohl gebe es noch einige Förster bei der LÖBF/LAfAO. Wenn die umfangreichen kw-Bestände der LÖBF/LAfAO auf die Förster verteilt würden, hätte die LÖBF zukünftig keine Förster mehr, obwohl der Gutachter seinerzeit festgestellt habe, daß sich die kw-Vermerke nur auf die Forstplanung beziehen sollten. Die Förster würden weiter für den Dialog zwischen der wissenschaftlichen Seite beim LÖBF und der Forstverwaltung benötigt.

Bezüglich Kapitel 10 410 - Staatliche Veterinäruntersuchungsämter, Vet.-MTA-Lehranstalt, Chemisches Landes- und Staatliches Veterinäruntersuchungsamt Nordrhein-Westfalen - verweist **Vorsitzender Peter Bensmann** auf eine Zuschrift des Deutschen Beamtenbundes - 12/1438 -, in der gefordert werde, die kw-Vermerke im lebensmitteltechnischen Aufgabenbereich auszusetzen, da bereits jetzt von wirksamem Verbraucherschutz nicht mehr die Rede sein könne.

Bei den Ämtern in Kapiteln 10 410 sei die Personalsituation sehr angespannt, bestätigt **LMR Fischer (MURL)**. Die gestiegenen Anforderungen an einen wirksamen Verbraucherschutz, aber auch Tierseuchen - BSE, Schweinepest - führten zwangsläufig zu einer verstärkten Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Streckung der kw-Vermerke im Bereich des Verbraucherschutzes sei anzustreben.

Bezüglich Kapitel 10 460 - Nordrhein-Westfälisches Landgestüt - verweist **Vorsitzender Peter Bensmann** auf Überlegungen, das Landgestüt in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO umzuwandeln.

LMR Fischer (MURL) teilt mit, auf der Basis des Gutachtervorschlags habe die Landesregierung die Umwandlung des Landgestüts in einen Landesbetrieb beschlossen.

Ein Handlungskonzept vom 24. Juni 1997 sehe die Aufstellung eines Wirtschaftsplans, die Einführung eines Planungs-, Steuerungs- und Controllingsystems sowie die Einführung eines neuen Konzeptes für die Finanzierung und die Gebührenbemessung vor. Die erforderlichen Schritte für die Umwandlung des Landgestüts seien eingeleitet worden.

Mit Hilfe der Unternehmensberatung BDO solle u.a. ein Erfolgs- und Wirtschaftsplan erstellt werden. Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen sollten in der Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1998 geschaffen werden.

Auf die Frage der **Brigitte Herrmann (GRÜNE)**, warum eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 4 in eine Stelle der Vergütungsgruppe III/IVa BAT umgewandelt werde, erläutert **LMR Fischer (MURL)**, dies sei mit der Absicht zu erklären, einen Diplombetriebswirt für das Landgestüt einzustellen, um eine erfolgreiche Arbeit des Landgestüts sicherzustellen.

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Vorsitzender Peter Bensmann verweist zunächst auf den Beschluß zum zweiprozentigen Stellenabbau aus dem Jahre 1995 und die Einsparauflage 1996, die ebenfalls eine zwei-prozentige Stellenkürzung vorgesehen habe. Er fragt, inwieweit diese Vorgaben erfüllt worden seien.

Ministerialdirigent Stadermann (Finanzministerium) legt dar, die Steuerverwaltung mit 29 000 Stellen sei in einem Umfang von rund 20 500 Stellen untersucht worden. Dies betreffe im wesentlichen die Betriebsprüfung und den Festsetzungsbereich, den Kernbereich der Tätigkeiten in den Finanzämtern.

Die Organisationsuntersuchung des Rechenzentrums laufe mittlerweile. Im Frühjahr nächsten Jahres werde mit Ergebnissen gerechnet.

Eine Untersuchung des sogenannten Erhebungsbereiches, der Kassen- und Vollstreckungsstelle, der Kassenaufsicht und der Stundungsstelle werde zur Zeit vorbereitet. Dies betreffe 3 000 Stellen. Nach Abschluß der Untersuchung im nächsten Jahr wären damit rund 23 500 Stellen untersucht worden.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet um eine Übersicht über die bisher gelaufenen Untersuchungen und darüber, welche Untersuchungen noch offen seien und wie sich der Stand der Überlegungen darstelle. In dem Bericht des AStA habe darüber schon etwas gestanden. Er bitte, eine Übersicht Anfang nächsten Jahres zu überreichen. - **RD Brommund (FM)** erklärt, er wolle die Bitte an den AStA weiterleiten.

Vorsitzender Peter Bensmann kommt sodann auf die Verwaltungshilfen für die neuen Bundesländer - Titelgruppe 79 - zu sprechen. Die innere Verwaltung, die Finanzverwaltung und die Justizverwaltung seien betroffen. Eine Kostendeckung sei gesichert. Er frage, wie lange die Steuerverwaltung noch Verwaltungshilfe für das Land Brandenburg leisten wolle.

MDgt Stadermann (FM) antwortet, der zeitliche Rahmen erstrecke sich bis Ende 1998.

Hinsichtlich der befristeten Arbeitsverträge bittet **Vorsitzender Peter Bensmann** um kurze Darstellung der Entwicklung. - Das Thema habe bereits im letzten Jahr in der Beratung eine Rolle gespielt, legt **MDgt Stadermann (FM)** dar. Im Jahre 1997 habe es keine Schwierigkeiten gegeben. Es werde so gehandhabt, wie seinerzeit beschlossen worden sei.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) erinnert daran, daß die Gewerkschaften vor einem Jahr davon ausgegangen seien, daß es über die normale Fluktuation nicht gelingen werde, diejenigen, die befristete Arbeitsverhältnisse hätten, in ein stetiges Arbeitsverhältnis hineinzubringen. Sie möchte nun wissen, ob es dennoch funktioniert habe. - "Ja", antwortet **MDgt Stadermann (FM)**.

Vorsitzender Peter Bensmann erkundigt sich, ob eine ausreichende Mittelausstattung des Haushaltsansatzes für die 58er-Regelung vorgenommen werden solle. - **RD Brommund (FM)** bejaht diese Frage.

Die Umstellung auf eine einheitliche europäische Währung habe Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung und damit auf Stellen, betont **Vorsitzender Peter Bensmann**. Er bitte deshalb um grundsätzliche Erläuterungen zum Thema "Euro".

Nach den Worten des **MDgt Stadermann (FM)** bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, zu welchem Zeitpunkt die Steuerverwaltung Erklärungen in Euro entgegennehmen soll. Der Wirtschaft werde jetzt schon gestattet, daß sie ab 1999 ihr Rechnungswesen, ihre Buchführung und Bilanzen in Euro erstelle. Die Wirtschaft fordere darüber hinaus, ab 1.1.1999 Steuererklärungen in Euro abgeben zu können.

Für die Verwaltung seien damit aber mehr Probleme als nur das Umrechnen mit Hilfe eines Programms zum Kurs 1,96 verbunden. Da gehe es um das Eintragen von Steuerabzugsbeträgen auf Lohnsteuerkarten und anderes. Die Finanzministerkonferenz auf Bundesebene werde darüber noch beraten. Bei Steuererklärungen werde bisher in vielen Fällen auf volle D-Mark aufgerundet, während man bei anderen Beträgen spitz rechne.

Wenn ab 1999 wahlweise in D-Mark oder Euro gerechnet werde, stehe die Steuerverwaltung verschiedenen, nicht nur technischen Problemen gegenüber.

Die bisherige - er betone: bisherige -, einstimmige Beschlußlage von Bund und Ländern laute, für die Steuerverwaltung, die Arbeitsverwaltung und die Sozialversicherung die Umstellung erst zum Jahre 2002 vorzunehmen, also dann, wenn es nur noch den Euro gebe. Innerhalb der Landesregierung gebe es dazu unterschiedliche Ansätze. Derzeit sei noch nicht entschieden.

Die Einführung des Euro sei zumindest politisch unstrittig, unterstreicht **Vorsitzender Peter Bensmann**. Bei der konkreten Durchführung gebe es unterschiedliche Probleme. Er bitte um einen Sachstandsbericht über die Problemfelder. Im Land müßten die Beschlüsse letztendlich haushaltstechnisch umgesetzt werden.

Neben den Belastungen für die Beschäftigten in Wirtschaft und Steuerverwaltung seien auch die Bürger betroffen, wenn sie sich in ihrer Steuererklärung entscheiden müßten, in welcher Währung sie diese ausfertigen wollten, gibt **MDgt Stadermann (FM)** zu bedenken. Studien aus Thüringen und Hessen zum Thema "Eurogängigkeit" belegten, daß eine gemischte Entgegennahme nicht machbar sei. Sie gingen von einer Konvertierungslösung aus. Dann müßten die Erklärungen in Euro angefertigt werden, und die Finanzverwaltung müsse jeweils die Umrechnung sicherstellen.

Der Unterausschuß "Personal" werde das Thema in einer der nächsten Sitzungen behandeln, gibt **Vorsitzender Peter Bensmann** an. Die Auswirkungen auf die Finanzverwaltung und die Wirtschaft würden dabei im Vordergrund stehen. Zumindest müsse vor der Sommerpause geklärt sein, wie die Landesregierung diese Fragen angehen wolle.

MDgt Stadermann (FM) plädiert dafür, die Klärungsprozesse innerhalb der Landesregierung abzuwarten. Sobald eine Klärung erreicht sei, werde dem Ausschuß berichtet. Das Thema werde bei der Aufstellung des Haushaltsplans 1999 eine wichtige Rolle spielen.

Vorsitzender Peter Bensmann erinnert daran, daß der Unterausschuß "Personal" im Rahmen des Haushaltsvollzuges 1997 der Einrichtung von 109 Stellen für beamtete Hilfskräfte der Besoldungsgruppe A 9 g.D. z.A. zugestimmt habe. Ihn interesse, inwieweit der Bedarf auch für das kommende Jahr fortbestehe. - **MDgt Stadermann (FM)** macht darauf aufmerksam, daß man sich am 2. September 1997 darauf verständigt habe, daß das Finanzministerium vor

der Sommerpause einen gegebenenfalls notwendigen Bedarf errechne und dem Ausschuß unterbreite.

Zu dem vom **Vorsitzenden** sodann angesprochenen Kapitel 12 070 - Staatliche Bauverwaltung - Oberfinanzdirektionen - führt **Oberamtsrat Winkens (Ministerium für Bauen und Wohnen)** aus, grundsätzlich gelte für diesen Bereich auch die 58er-Regelung.

Auf eine Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** zur aufgabenkritischen Überprüfung in diesem Kapitel antwortet **Ministerialrat Hollender (Finanzministerium)**, die Organisationsuntersuchung der Oberfinanzdirektionen habe auch die Bauabteilung umfaßt. Notwendige Ergänzungen seien mit dem jetzigen Haushalt vorgenommen worden. Dabei gehe es um eine Verlagerung von Stellen aus Kapitel 12 050 nach Kapitel 12 070. Bestimmte Verwaltungsaufgaben, die bisher die Steuerverwaltung durchgeführt haben, würden jetzt von der Bauabteilung wahrgenommen. Die kw-Vermerke, die realisiert werden müßten, seien ausgebracht.

Zu Kapitel 12 090 - Aus- und Fortbildungseinrichtungen - dankt **Vorsitzender Peter Bensmann** für Vorlage 12/1660, die die Entwicklung der Einstellungszahlen für Finanzanwärter und Steueranwärter deutlich mache.

Er merkt an, daß vor drei, vier Jahren seien zusätzliche Ausbildungskapazitäten an der Fachhochschule für Finanzen geschaffen worden seien. Zur Zeit gebe es aber freie Kapazitäten in einer Größenordnung von zweihundert. Dieses müsse Auswirkungen auf das Lehrpersonal haben. Er erinnert er an die Diskussionen über das hauptamtliche und das abgeordnete Personal und fragt, ob die Relation so geblieben sei.

Nach Auskunft des **MDgt Stadermann (FM)** besteht der Personalkörper aus drei Säulen: Die erste Säule bildeten die Professoren, die zweite die wissenschaftlich vorgebildeten Dozenten und die dritte Säule die nicht wissenschaftlich vorgebildeten Dozenten. Zusammen machten dies nach seiner Erinnerung 91 Stellen aus.

Die Spitzen der Vergangenheit seien durch eine vierte Säule, nämlich abgeordnete Dozenten, aufgefangen worden. Dies seien bis zu 35 Personen gewesen. Dem Abbau der Einstellungsquote, soweit sie sich auf den Lehrbetrieb ausgewirkt habe, sei durch Abbau der abgeordneten Dozenten Rechnung getragen worden. Bis auf den Bereich der Fluktuation aufgrund der sogenannten Sieben-Jahres-Regelung des FHGöD bleibe der Stammpersonalkörper erhalten.

Einigkeit habe darüber bestanden, daß ein bestimmter Stamm vorgehalten werden müsse, aber etwa ein Drittel an Fluktuation benötigt werde, um praktisches Know-how aus der Tätigkeit vor Ort in den Lehrkörper hineinzubringen, stellt **Vorsitzender Peter Bensmann** heraus. Er bitte deshalb die Auskunft nachzuliefern, wie sich die - laut Vorlage - 85 und später 62 Stellen für das Lehrpersonal auf die drei Säulen verteilen. Da nach seiner Auffassung die Aufteilung

beibehalten bleiben sollte, müsse der Stammlerkörper bei zurückgehenden Zahlen abgebaut werden.

Auf Fragen der **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** erwidert **MDgt Stadermann (FM)**, im Gegensatz zu den Schulen werde die Ausstattung der Fachhochschule für Finanzen und der Landesfinanzschule nicht über die Schüler-Lehrer-Relation festgelegt. Bedingt durch die Zufälligkeiten - man könne man nie exakt planen, wer im zweiten Durchgang dabei sei - seien die abgeleiteten Relationen keine Handlungsgrößen wie im Schulbereich.

Über Nordkirchen, insbesondere das Personal im Lehrbereich, habe es immerhin ein Gutachten gegeben. Das Berechnungsschema, das dort angewendet werde, sei einvernehmlich mit dem AStA beschlossen worden.

Wenn man die absoluten Zahlen der Landesfinanzschule in Haan zugrunde lege, stelle man fest, daß es sich um eine über die Jahre relativ konstante Marge handele.

Bezüglich Kapitel 12 100 - Rechenzentrum der Finanzverwaltung - verweist **Vorsitzender Peter Bensmann** auf 43 Stellenzugänge in den letzten Jahren und fragt, ob bestimmte Aufgaben von externen Unternehmen nicht effizienter durchgeführt werden könnten.

MDgt Stadermann (FM) versichert, auch beim Rechenzentrum gebe es Outsourcing; eine detaillierte Darstellung könne zu einem späteren Zeitpunkt erstellt werden.

Bei Großprojekten wie dem LBV sei man sehr stark auf Mithilfe durch andere Firmen angewiesen. Leider komme es immer wieder zu Einbrüchen, weil beispielsweise die privatwirtschaftlichen Partner nicht über das fachliche Know-how verfügten, um komplexe Aufgaben zu erledigen. Natürlich könne man bei der ADV nicht alles selbst machen. Aber auch den Kapazitäten der Privatwirtschaft seien Grenzen gesetzt.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) möchte wissen, ob denn private Firmen an Landespersonal interessiert seien, das mit diesen Aufgaben vertraut sei. - Jährlich fänden einige Abwanderungen zur Privatwirtschaft statt, bestätigt **MDgt Stadermann (FM)**, aber auch zu kommunalen Gebietsrechenzentren und anderen öffentlichen Körperschaften.

Auf eine entsprechende Frage des **Erwin Siekmann (SPD)** führt **MDgt Stadermann (FM)** aus, die Länder hätten sich zu dem Projekt "Fiskus" zusammengetan. Dabei gehe es um die Steuerfestsetzung. Er hoffe, daß man bald davon profitieren könne. Mit Hilfe der nordrhein-westfälischen Steuerverwaltung sei im Rahmen dieses Gesamtprojekts das Vollstreckungsprogramm entwickelt worden, das überall Anerkennung finde.

Auf Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** zur Übernahme der Auszubildenden beim Landesamt für Besoldung und Versorgung - Kapitel 12 200 - erinnert **MR Hollender (FM)** daran, daß es Wunsch des Landtags gewesen sei, soviel Ausbildungsstellen wie möglich zur Verfügung zu stellen. Die Situation im LBV erlaube es allerdings nicht, die Auszubildenden nach ihrer verwaltungsbezogenen Ausbildung im LBV zu beschäftigen.

Vorsitzender Peter Bensmann macht darauf aufmerksam, daß aufgrund der Organisationsuntersuchung des LBV aus dem Jahre 1993 17 kw-Vermerke bei Angestelltenstellen mit dem Haushaltsplanentwurf 1998 realisiert würden. Eine Verlängerung von kw-Vermerken um ein Jahr auf den 1.1.1999 werde bei 79 Stellen vorgenommen. Er bitte um Erläuterung.

MDgt Stadermann (FM) schickt voraus, die Organisationsuntersuchung des LBV habe drei Stufen für die Realisierung erbracht. Die erste Stufe sei kw-mäßig weitgehend abgewickelt. Nun stecke man mitten in der zweiten Stufe. Die dritte Stufe solle erst dann verwirklicht werden - es gehe um etwa 580 kw-Stellen -, wenn ADV-mäßig ein Verfahren geschaffen sei, das sowohl für eine Anwendung im LBV wie auch für eine dezentrale Anwendung geeignet sei.

Die 79 kw-Stellen betreffen die zweite Stufe. Das LBV habe sich organisatorisch umstrukturiert, im Bereich der Beihilfe die Fallzahlen erhöht. Für die zentralen Bereiche Besoldung, Versorgung und Vergütung kämen zahlenmäßige und qualitative Erschwerungen, wie etwa durch das Dienstrechtsreformgesetz, hinzu. Es mache Schwierigkeiten, mit der ADV-Ausstattung Schritt zu halten. Das Begehren, die 79 kw-Vermerke zu verlängern, entspreche dem gestiegenen Bedarf.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet die Vertreter des Finanzministeriums, den derzeitigen Sachstand und die Perspektiven möglichst noch vor der Osterpause darzulegen.

MDgt Stadermann (FM) betont, Ministerium und LBV arbeiteten mit Hochdruck an der Umsetzung. Hier handele es sich um eine große Behörde, die bei schrumpfender Personalbesetzung mit wachsenden Aufgaben fertig werden müsse.

Kapitel 12 620 - Lastenausgleichsverwaltung - weise unverändert drei Stellen aus, bemerkt **Vorsitzender Peter Bensmann**. Er fragt, inwieweit diese Stellen noch benötigt würden.

Es handele sich um die Interessenvertreter des Ausgleichsfonds, die vorgehalten werden müßten, solange das Gesetz bearbeitet werde, erläutert **MR Hollender (FM)**.

Die eigentliche Arbeit werde durch kommunale Ämter erledigt. In Zusammenhang mit dem Vermögensgesetz gebe es neue Aufgaben. Es gehe dabei um Lastenausgleichsleistungen an

Geschädigte, die ihr Vermögen aus den neuen Bundesländern zurückbekämen. Das werde von den Vermögensämtern und den Ausgleichsämtern abgearbeitet.

Die drei Stellen in Kapitel 12 620 befänden sich beim Regierungspräsidenten Münster, bei einer handele es sich um eine Schreibkraft.

Vorsitzender Peter Bensmann verweist auf Vorlage 12/1649, in der die Personalverstärkungen für die Betriebsprüfung und die Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung aufgeführt seien. Die Tabelle auf der letzten Seite mache deutlich, daß die Ist-Besetzung im Jahre 1997 bei den Betriebsprüfern um mehr als 200 Stellen unter dem Stellensoll liege; bei den Steuerfahndern liege die Ist-Besetzung um zirka 170 unter dem Stellensoll und bei den STRABU-Bearbeitern um 50 unter dem Stellensoll. Er fragt, was getan werde, um zu einer Verstärkung zu kommen.

Nach Meinung der **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** machen die Zahlen deutlich, daß es Probleme bereite, das Personal zeitnah einzusetzen.

Der Finanzminister habe erklärt, er wolle dafür Sorge tragen, daß die Arbeitsbereiche im Jahre 1998 zu 100 % besetzt würden. Sie interessiere, wieso der Finanzminister davon ausgehe, daß er dieses Ziel erreichen könne. Ihr sei nicht klar, ob sich die Zeitverschiebung auflösen lasse.

MDgt Stadermann (FM) stellt heraus, das Finanzministerium unternehme zusammen mit den Oberfinanzdirektionen alle Anstrengungen, das Ist gleich mit dem Soll zu bekommen.

Bei der Betriebsprüfung seien im letzten Jahr 200 kw-Vermerke gestrichen worden.

Zur Steuerfahndung gehöre die innere Bereitschaft. Die Rekrutierung erfahrenen Personals sei gar nicht einfach. Das Ministerium und die OFDen wüßten aber um ihre Verpflichtung, die Ist-Besetzung an die Soll-Besetzung heranzuführen. Ob Ende 1998 eine Null-Differenz geschaffen sein werde, vermöge er nicht zu sagen; die Zielrichtung sei aber vorhanden.

Nach Angaben der **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** muß der Personalausgleich in den Bezirken durchgeführt werden, was längere Zeit in Anspruch nehme. Es gebe zeitliche Versetzungen. Sie frage, ob man das beschleunigen könne.

In der Anhörung der Berufsverbände seien die Bankenfälle angesprochen worden, auch die mögliche Verjährung wegen drohender Arbeitsbelastung. Sie möchte wissen, ob dafür Zahlen vorlägen.

Beschleunigen lasse sich zeitlich nichts, antwortet **MDgt Stadermann (FM)**. Im August/September würden die Finanzanwärter fertig. Dann kämen die Nachwuchsleute in die Ämter, könnten aber nicht sofort in die Betriebsprüfung oder Steuerfahndung gegeben wer-

den. Zunächst müßten verwaltungsintern Umschichtungen vorgenommen werden. Der Vorgang dauere dann zwei oder drei Monate. Von daher sei man auf eine Jährlichkeit eingestellt.

Da zu den Bankenfällen am kommenden Tag eine vertrauliche Beratung stattfinde, wolle er dazu im Augenblick nichts Näheres ausführen.

Vorsitzender Peter Bensmann verweist auf einen konkreten Vorschlag der Deutschen Steuergewerkschaft im Rahmen der Anhörung der Berufsverbände, wie man nämlich im nächsten Jahr 75 zusätzliche Prüfer an diese Aufgaben führen könne. Ihn interessiere, wie das Finanzministerium zu diesem Vorschlag stehe.

Vor dem Hintergrund der Ausnahmesituation und der drohenden Verjährung sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um das Personal für diese Aufgabe bereitzustellen. Er bitte das Finanzministerium, den Vorschlag einmal zu bewerten und in die Schlußberatung einzubeziehen.

Helmut Diegel (CDU) bittet darum, klar zu sagen, ob Handlungsbedarf gesehen werde, insbesondere mit Blick auf die Anhörung der Berufsverbände.

Das Protokoll über die Anhörung der Berufsverbände liege ihm nicht vor, erwidert **MDgt Stadermann (FM)**. Er bitte um Verständnis, daß er nichts sagen könne, wenn im Zusammenhang mit diesem Themenkomplex am kommenden Tag eine vertrauliche Sitzung stattfinde.

Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen

Vorsitzender Peter Bensmann bittet um Darstellung der Ist-Besetzung und Soll-Besetzung der Ausbildungsplätze.

Regierungsdirektorin Bung (Ministerium für Bauen und Wohnen) zeigt auf, das Soll 1997 habe sich von 94 auf 110 Auszubildendenstellen erhöht. 16 seien durch eine Verlagerung aus 03 hinzugekommen. Sie seien im Haushaltsvollzug in Kapitel 14 070 übernommen worden. Für eine Stelle liege ein Antrag beim Finanzminister vor, sie in Kapitel 14 071 zu verlagern.
- Alle Plätze hätten besetzt werden können.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) erkundigt sich, warum die Ausbildungsplätze nur in der staatlichen Bauverwaltung zu finden seien. - Der nachgeordnete Bereich bestehe im wesentlichen aus den staatlichen Bauämtern, erwidert **RD'in Bung (MBW)**. Eine Stelle werde beim

Landesinstitut für Bauwesen eingerichtet. Die Fortbildungseinrichtung sei nicht darauf ausgerichtet, marktgängige Ausbildungsplätze anzubieten.

Auf eine Anmerkung des **Vorsitzenden Peter Bensmann** stellt **RD'in Bung (MBW)** heraus, das Ministerium für Bauen und Wohnen werde zur Zeit organisationsuntersucht. Von daher könne der Haushaltsvermerk auf Seite 14 auch entfallen, denn die Voraussetzung sei erfüllt.

RD Brommund (FM) macht darauf aufmerksam, daß immer dann, wenn abgesehen werden könne, daß im Planungsjahr eine Organisationsuntersuchung anstehe, aufgrund der zwei-prozentigen Einsparvorgabe keine kw-Vermerke ausgebracht worden seien. Insofern sei dies eine Gleichbehandlung mit den anderen. Hier sei aber durch Haushaltsvermerk abgesichert worden, daß es zu der Auftragsvergabe komme. Dies helfe manchmal, um einen Einigungsprozeß zu erzielen.

Vorsitzender Peter Bensmann kommt auf die Reduzierung der Ämter von 31 auf 28 zu sprechen und fragt, wann mit einer weiteren Ämterreduzierung zu rechnen sei. Der Gutachter habe in der Endstufe sogar nur 25 Ämter vorgesehen.

Die Endstufe von 25 Ämtern werde wohl in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreicht, gibt **RD'in Bung (MBW)** an. Die dafür erforderliche Realisierung der kw-Vermerke werde nicht in dem Umfang geleistet werden können. Das Ziel bleibe aber bestehen.

Die Vorlegung des Personalentwicklungskonzeptes, um die **Vorsitzender Peter Bensmann** bittet, hängt nach Angaben von **RD'in Bung (MBW)** davon ab, ob das PEK-Gutachten vorliege. Darauf baue das Personalentwicklungskonzept nämlich auf. Zu den Beratungen zum Haushalt 1999 müsse es vorliegen. Ob das bereits im Frühjahr 1998 der Fall sein werde, könne sie nicht mit Sicherheit sagen.

Der **Unterausschuß** erbittet einen Bericht zum Stand des Personalentwicklungskonzeptes noch vor der Sommerpause.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, warum das "Modellbauamt" bislang nur für den gehobenen Dienst, nicht aber für den mittleren Dienst entwickelt worden sei, antwortet **RD'in Bung (MBW)**, für jeden einzelnen Arbeitsplatz müßten sehr zeitaufwendig Arbeitsplatzbeschreibungen entwickelt werden. Sie gehe aber davon aus, daß dies bis zu den Beratungen zum Haushalt 1999 abgeschlossen sei.

Die Hebungen bei den Angestelltenstellen - eine weitere Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** - sei dadurch zu erklären, daß die Anforderungen immer höher würden und die Arbeitsverdichtung bei entsprechendem Personalabbau zunehme, fährt **RD'in Bung (MBW)** fort. Das führe in der Konsequenz zu Hebungen und nicht zu Abstufungen.

Auf entsprechende Frage der **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** zu Kapitel 14 071 - Landesinstitut für Bauwesen - erläutert **RD'in Bung (MBW)**, die A-13-Stelle sei seinerzeit in Erwartung des Ausbaus den REN-Programms ins Landesinstitut verlagert worden.

Das Gutachten des Landesrechnungshofs habe ergeben, daß ein zusätzlicher Bedarf einer solchen Stelle aber nicht gegeben gewesen sei. Insofern habe sich das Ministerium der Anregung des Landesrechnungshofs angeschlossen und die Planstelle in Kapitel 14 070 zurückverlagert.

Eine Absetzung sei nicht vorgenommen worden, weil das Stellensoll im bautechnischen Dienst genau dem entspreche, was der Gutachter nach der Organisationsuntersuchung vorgegeben habe.

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Auf Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** zur 2-%-Einsparquote antwortet **Abteilungsleiter Brauser (Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport)**, das Haus stehe vor dem Start der Organisationsuntersuchung.

Der **Vorsitzende** spricht sodann die Hebung einer Stelle von A 5 nach A 6 bei Kapitel 15 750 - Staatliche Archive, Archivwesen - an. - **Ministerialrat Berg (Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport)** erläutert, der Stelleninhaber nehme anspruchsvolle Aufgaben wahr, die üblicherweise vom mittleren Dienst geleistet würden. Der Stelleninhaber habe sich zudem um den Aufstieg aus dem einfachen in den mittleren Dienst beworben.

Zu Kapitel 15 770 - Staatliche Büchereistellen (Detmold, Essen, Hagen, Köln und Münster) - bittet **Vorsitzender Peter Bensmann** die Organisationsüberlegungen mitzuteilen. - **Abteilungsleiter Brauser (MSKS)** gibt an, die Organisationsuntersuchung liege vor und sehe keine völlige Auflösung dieses Bereiches vor, allerdings eine Integration in die Bezirksregierung. Im Moment bereite der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" eine Kabinetttvorlage vor, die auch das Volumen der kw-Stellungen beinhalten werde. Er gehe davon aus, daß die Vorlage unmittelbar zu Beginn des nächsten Jahres beraten werde. Der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" sei federführend.

Das Gutachten liege seit 1995 vor, gibt **Vorsitzender Peter Bensmann** zu bedenken. Nun sei es das dritte Mal, daß man auf die nächste Haushaltsplanberatung verweise. - **Abteilungsleiter Brauser (MSKS)** erwidert, die Umsetzungsdiskussion zu dem Gutachten sei in die Zeit der Neubildung des Ressorts gefallen, weshalb mit dem Arbeitsstab insbesondere intensive Diskussionen zu Fragestellungen hätten geführt werden müssen, die der Gutachter noch gar nicht in Betracht gezogen habe. Nun werde die Diskussion dem Ende zugeführt und eine Entscheidung getroffen.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) möchte wissen, inwieweit bei Kapitel 15 300 - Schloß Augustsburg und Schloß Falkenlust - eine Kosten-Leistungs-Rechnung erstellt werde. Sie fragt, ob außer bei den Reinigungskräften nicht auch bei anderen Aufgaben an externe Lösungen gedacht werde. - **MR Berg (MSKS)** verweist auf einen Bericht über die Schlösser in Brühl, der vereinbarungsgemäß bis Mitte nächsten Jahres vorliegen solle, nachdem die Preis-Leistungs-Rechnung unter Begleitung des Landesrechnungshofs eingeführt worden sei.

Einzelplan 01 - Landtag

Vorsitzender Peter Bensmann schickt voraus, das Organisationsgutachten der KPMG-Unternehmensberatung liege vor. Im Haushaltsplan 01 werde erstmals eine Titelgruppe 80 - Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst - ausgewiesen.

Die Tatsache, daß das Gutachten mittlerweile zweieinhalb Jahre vorliege und noch nicht umgesetzt worden sei, habe die unterschiedlichsten Gremien beschäftigt.

Zum Personalhaushalt des Landtags sei grundsätzlich zu fragen, inwieweit die im Organisationsgutachten gemachten Vorschläge von der ProKom (Projektbegleitende Kommission) und vom Präsidium im Hinblick auf den Haushaltsentwurf umgesetzt worden seien.

In der Vorlage des Gutachterdienstes werde auf den Seiten 7 ff. wiedergegeben, was in der gemeinsamen Sitzung der ProKom und des Landtagspräsidiums am 27. Juni 1997 einstimmig beschlossen worden sei. Dabei gehe es um die Einrichtung von neuen Stellen, um Stellenabgänge, um Hebungen und Herabstufungen von Planstellen, die Ausweisung von kw-Vermerken und eines ku-Vermerks sowie Stellensperren durch Selbstbindungen. Das sei die Beratungsgrundlage.

Helmut Diegel (CDU) macht darauf aufmerksam, daß in diesem Jahr eine besondere Problematik beim Einzelplan 01 bestehe. Die Diskussion - ob in der ProKom, im Präsidium oder im Ältestenrat -, der Entwurf der Verwaltung und der Entwurf des Präsidiums hätten nicht zu besonderer Anschaulichkeit und Klarheit beigetragen.

Die CDU-Fraktion habe sich deshalb intensiv mit dem Thema beschäftigt. Er bitte, ein Wortprotokoll über seine Ausführungen anfertigen zu lassen.

Der Redner bezeichnet es als wichtig, zur Kenntnis zu nehmen, daß man es mit Menschen zu tun habe. Aufgrund der bisherigen Beratungen und der vorliegenden Vorschläge sei im Hause eine große Unruhe und das Gefühl entstanden, daß manchem Unrecht geschehe.

Ziel der Beratung müsse es sein, die teilweise nicht an der Person und an der Sache orientierten kw-Vermerke, die in Einzelfällen als Willkürakte bezeichnet werden müßten oder möglicherweise gezielt gegen bestimmte Personen vorgenommen erschienen, durch begründete Alternativvorschläge wegzubekommen.

Vorsitzender Peter Bensmann unterbricht den Redner an dieser Stelle und fragt, ob der Unterausschuß mit einer wörtlichen Wiedergabe dieser Ausführungen im Protokoll einverstanden sei.

Ernst-Martin Walsken (SPD) hat dafür kein Verständnis. In diesem Unterausschuß habe man die Dinge immer klar und offen ausgehandelt. Wortprotokolle veränderten den Charakter und die Vertraulichkeit der Beratung und schufen eine andere Basis. Er bitte darüber nachzudenken, ob man in der Beratung einen neuen Stil einführen wolle. All das, was Herr Diegel zu sagen habe, finde er ohnehin sinngemäß im Protokoll wieder. Er bitte, nicht auf wörtlicher Protokollierung zu bestehen; einen entsprechenden Antrag würde die SPD-Fraktion ablehnen.

Wenn ein wörtliches Protokoll gewünscht werde, sei dem bisher immer automatisch Rechnung getragen worden, entgegnet **Helmut Diegel (CDU)**. Dazu müsse er auch keinen Antrag stellen. Wenn über die Bitte, zu einzelnen Punkten Wortprotokolle zu erstellen, abgestimmt würde, bekäme die Ausschlußberatung einen völlig neuen Charakter.

Die Interpretation, daß die SPD möglicherweise keine offene Diskussion wünsche, hätte sie selber zu verantworten. Die Diskussion müsse sachlich, frei von Emotionen, geführt werden. Es stehe dem Ausschuß gut an, sich über den eigenen Einzelplan offen auszutauschen. Wenn die SPD-Fraktion irgendwelche Befürchtungen habe, hätten diese schon vorher signalisiert werden können. Er bitte darum, in seinem Vortrag fortfahren zu dürfen.

Vorsitzender Peter Bensmann erinnert an eine ähnliche Situation im Haushalts- und Finanzausschuß. In der Geschäftsordnung sei diese Frage nicht grundsätzlich geregelt. Wenn ein Ausschuß etwas gemeinsam beschließe, sei es unstrittig. Offen sei aber, ob der Ausschuß hier beschließen müsse oder der Ausschußvorsitzende dies allein entscheiden könne.

Wenn jemand um ein Wortprotokoll bitte, sollte dem seines Erachtens nicht widersprochen werden. Er bitte deshalb die Protokollführerin, sich auf ein Wortprotokoll einzustellen. Eventuell könne man sich hinterher darauf verständigen, in welcher Form das Protokoll dann gedruckt werde.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) verweist auf die besondere Situation des Unterausschusses. Sie habe Verständnis für jede Form der politischen Auseinandersetzung auch über die Arbeitsergebnisse der ProKom. Sie habe aber kein Verständnis dafür, daß man beim Einzelplan 01 in der normalen Sitzungsabfolge über Betroffenheiten, Abläufe und Details rede, über die noch bei keinem anderen Einzelplan je geredet worden sei.

Sie bitte darum, die Fragen zum Einzelplan 01 wie bei allen anderen Einzelplänen auch zu diskutieren. Die detaillierte Vorlage des Gutachterdienstes, die sonstigen Unterlagen aus der ProKom und anderen Sitzungen sowie der einvernehmliche Beschluß aller Fraktionen dazu seien ausreichende Arbeitsgrundlage. Sie bitte die Sitzungsleitung, Diskussionsbeiträge, die mehr oder weniger in die persönliche Bewertung gehörten, nicht zuzulassen. Der bisherige Arbeitsstil des Unterausschusses dürfe auch bei Einzelplan 01 nicht verlassen werden. Sonst müsse der Unterausschuß demnächst auch bei jedem anderen Einzelplan, wenn es um Umsetzungsmaßnahmen und Organisationsuntersuchungen gehe, Wortbeiträge zu Personen zulassen oder auch Personalvertretungen hören.

Sie wolle sich auf das konzentrieren, was im Rahmen der Sitzung notwendigerweise beraten werden müsse. Alles andere könne im Altestenrat, im Präsidium oder in anderen Gremien abgehandelt werden.

Für den Fall, daß Kollege Diegel darauf bestehe, ein Wortprotokoll zu bekommen, bittet **Ernst-Martin Walsken (SPD)**, die Sitzung zu unterbrechen und dann nur unter den Abgeordneten über diese Frage zu beraten.

Vorsitzender Peter Bensmann kommt dieser Bitte nach und bittet die übrigen Anwesenden, draußen zu warten.

(Die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien und der Landtagsverwaltung verlassen den Sitzungssaal.)

In der anschließenden Verfahrensdebatte spricht sich **Ernst-Martin Walsken (SPD)** dafür aus, daß es Grundlage der Beratung bleiben müsse, keine Zusammenhänge zwischen Stellenaktivitäten und den Personen, die auf diesen Stellen geführt würden, herzustellen. - **Volkmar Klein (CDU)** stimmt dem im Grundsatz zu, meint aber, in kleineren und übersichtlichen Bereichen werde es sich nicht vermeiden lassen zu erkennen, welche Personen auf welchen Stellen geführt würden.

Vorsitzender Peter Bensmann stellt fest, die Haushaltsbeschlüsse würden zunächst losgelöst von Personen gefaßt. Diejenigen, die sie vorgelegt hätten, hätten aber nach seiner Meinung durchaus Personen dahinter gesehen, und daraus ergebe sich ein gewisses Dilemma. Er bitte dennoch Herrn Diegel, grundsätzlich haushaltstechnisch, also losgelöst von Personen, vorzutragen.

Helmut Diegel (CDU) würde gerne versuchen, mit den anderen Fraktionen eine gemeinsame Plattform zu betreten, und schlägt vor, daß er seine Ausführungen vortrage und erst danach über die Protokollierung entschieden werde.

Er erhält sodann das Wort und fährt in seinen Darlegungen fort. Er nimmt darin zu einzelnen im Stellenplan des Landtags vorgesehenen Änderungen detailliert Stellung und trägt alternative Vorstellungen seiner Fraktion vor.

Anschließend stellt **Vorsitzender Peter Bensmann** fest, er sei, gemessen an dem vorher Gesagten, großzügig gewesen. Dies sollte eine absolute Ausnahme bleiben.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) macht darauf aufmerksam, daß in der maßgeblichen Sitzung des Präsidiums und der ProKom am 27. Juni 1997 auch die Präsidiumsmitglieder der CDU sowie der CDU-Abgeordnete Hardt als ProKom-Mitglied anwesend gewesen seien. Laut Ergebnisprotokoll habe die ProKom "einstimmig ohne Enthaltung" dem Präsidium den veränderten Stellenplan sowie das Organigramm empfohlen. Das Präsidium habe das anschließend, ebenfalls einstimmig, übernommen.

Helmut Diegel (CDU) entgegnet, die CDU-Fraktion mache heute andere Vorschläge, weil sie sich - insbesondere im Falle eines kw-Vermerks - getäuscht fühle.

Brigitte Herrmann (GRÜNE) betont, der Unterausschuß "Personal" sei nicht Personalrat und nicht Personalverwaltung. Die Politik sollte sich aus den laufenden Geschäften der Verwaltung heraushalten.

Auch **Ernst-Martin Walsken (SPD)** stellt fest, Bewirtschaftungsangelegenheiten könnten nicht Sache des Parlaments sein. In Personalentscheidungen der Verwaltung dürfe und könne sich der Unterausschuß "Personal" nicht einmischen.

Er sei daran interessiert, mit der Verwaltung über bestimmte Fragen zu diskutieren. Sollte die CDU-Fraktion jedoch einen personellen Zusammenhang herstellen, werde sich die SPD-Fraktion nicht mehr an der Diskussion beteiligen.

Vorsitzender Peter Bensmann schlägt vor, nun in einen ersten Beratungsdurchgang mit den Vertretern der Landtagsverwaltung einzutreten und in der nächsten Sitzung den Einzelplan 01 noch einmal aufzurufen. Bis dahin könnten gegebenenfalls Anträge der CDU-Fraktion vorliegen bzw. in interfraktionellen Gesprächen Anträge erarbeitet worden sein.

Er stellt sodann fest, daß im Unterausschuß Einvernehmen bestehe, die Vertreter der Landtagsverwaltung wieder in die Sitzung zu bitten.

Dazu bittet **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** noch festzuhalten, daß Landtagspräsident Ulrich Schmidt dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses geschrieben habe - das Schreiben liege ihr zur Kenntnis vor -, daß Herr Dr. Taube als Beauftragter des Präsidenten für die Haushaltsberatungen sowohl des Haushalts- und Finanzausschuß wie auch des Unterausschusses "Personal" vom Präsidenten bestellt sei. Herr Dautzenberg habe dem auch zugestimmt.

(Direktor beim Landtag Große-Sender und RD Dr. Taube kommen wieder in den Sitzungssaal.)

Vorsitzender Peter Bensmann weist zunächst darauf hin, daß alternative Vorstellungen in der CDU-Fraktion erörtert worden seien - mit dem Ergebnis, daß es dazu noch einen Antrag geben werde, der in der nächsten Sitzung beraten werden solle, so daß es sich heute um einen ersten Durchgang handle.

Zum Entwurf des Einzelplans 01 bemerkt er vorab, zum ersten Mal gebe es darin die Titelgruppe 80 - Parlamentarischer Beratungs- und Gutachterdienst -, und zum ersten Mal sollten mit dem Haushalt 1998 in größerem Maße Empfehlungen des KPMG-Gutachtens umgesetzt werden. Die im Ergebnisprotokoll über die Sitzung des Präsidiums und der ProKom am 27. Juni aufgeführten Maßnahmen seien in allen Punkten in den Haushaltsentwurf und die Erläuterungen eingeflossen. Bestimmte Maßnahmen reichten in die Stellenbewirtschaftung hinein.

Zu bedenken sei, daß es eine Sonderrolle hinsichtlich des Einzelplans 01 gebe. Es gehe um mehr als bei den anderen Ressorts. Die Fraktionen seien Teil des Arbeitgebers "Landtag". Sie wählten als Parlament den Präsidenten und seien auch für die Landtagsverwaltung mitverantwortlich. Insofern bestehe auch eine Mitzuständigkeit für den Haushaltsvollzug.

Die Unterausschußmitglieder wüßten, daß Menschen dahinterstünden, wenn es um Selbstbindungen, Sperren oder kw-Vermerke gehe. Insofern gebe es eine Grauzone, die man berücksichtigen müsse.

Nach einigen Klarstellungen wendet sich der Vorsitzende dem Entwurf des Einzelplans 01 zu und bittet Dr. Taube zu erläutern, wie die bereits für 1998 angekündigten Einsparungen von 600 000 DM realisiert werden sollten.

RD Dr. Taube führt aus, es handle sich um Schätzungen, denen eine Grundbesoldung der sechsten Dienstaltersstufe für Beamte, ein Grundgehalt für Angestellte mit 33 Lebensjahren und ein Grundlohn für Arbeiter in der vierten Stufe zugrunde lägen. Davon ausgehend könnten 1998 voraussichtlich folgende Einsparungen realisiert werden:

- 163 000 DM für die Absetzung von Stellen im Reinigungsdienst,
- 67 000 DM für die Nichtbesetzung der derzeit gesperrten Stelle im Elektrikbereich,
- 138 000 DM für die nach den derzeitigen Vorstellungen wegfallende B-2-Planstelle.

Auf entsprechende Zwischenfragen des **Vorsitzenden Peter Bensmann** antwortet **RD Dr. Taube**, bei dieser B-2-Planstelle handele es sich um die Stelle des Leiters des Referates "Abgeordnete, Fraktionen, Parteien und Parlamentsrecht". Die ProKom könne allerdings nicht beschließen, wann ein kw-Vermerk realisiert werde; das sei Sache der Verwaltung. Er könne nur sagen, daß nach der Umsetzung der Neustrukturierung der Landtagsverwaltung diese B-2-Stelle mutmaßlich im Jahre 1998 realisiert werde. Er gehe auch davon aus, daß das zum 1. Januar möglich sei - je nachdem, wie das Personalratsverfahren laufe.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) stellt dazu klar, in der ProKom sei darüber geredet worden, ob und wo kw-Vermerke und andere Veränderungen in der Landtagsverwaltung grundsätzlich möglich seien. Man habe sich ausdrücklich darauf verständigt, nicht darüber zu reden, wie und zu welchem Zeitpunkt die Umsetzung von kw-Vermerken erfolge. Die ProKom habe auch nur über Bereiche diskutiert, die Veränderungen aber nicht auf Personen und Einzelpunkte bezogen. Das Prinzip sei nicht ein einziges Mal durchbrochen worden.

Die Schlußfolgerung des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, daß Herr Dr. Taube hier für den Landtagspräsidenten spreche, der die haushaltstechnische Umsetzung des ProKom-Grundsatzbeschlusses vornehme, bestätigt **RD Dr. Taube**.

Auf die Frage des **Helmut Diegel (CDU)**, ob es unterschiedliche Vorstellungen der Verwaltung auf der einen und des Präsidenten auf der anderen Seite gebe, antwortet **RD Dr. Taube**, bei der Frage, wann ein im Haushalt ausgebrachter kw-Vermerk realisiert werden könne, gehe es z. B. darum, ob eine Stelle besetzt sei oder wie alt die betreffende Person sei. Bei den Reinigungskräften bestehe die Situation, daß kw-Vermerke sofort realisiert werden könnten. Genauso sei es aus seiner Sicht möglich, den Wegfall der genannten B-2-Planstelle im Haushaltsjahr 1998 zu realisieren.

Helmut Diegel (CDU) möchte vom Landtagsdirektor wissen, ob er das genauso sehe.

Direktor beim Landtag Große-Sender bestätigt, daß es schwierig sei, eine Prognose zu stellen, wann alle kw-Vermerke realisiert werden könnten. Daß es im Hause zu einzelnen Positionen unterschiedliche Auffassungen gebe, sei bekannt, Herr Dr. Taube habe von dem gesprochen, was der Landtagspräsident und die ProKom vorgesehen hätten, und dabei die Einschränkung gemacht, daß erst Personalratsverfahren stattfinden müßten. Das sei hier besonders ernst zu nehmen, weil auch Mitglieder des Personalrats betroffen sein könnten. Somit seien alle Realisierungen unter einem bestimmten Vorbehalt zu sehen. Er halte es für denkbar, daß einiges realisiert werden könne; er könne aber diesbezüglich keine Zusagen machen.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, inwieweit denn alle kw-Vermerke in der ProKom und vom Präsidium beschlossen worden seien, stellt **Direktor beim Landtag Große-Sender** klar, die Ausbringung der kw-Vermerke sei beschlossen worden, nur nicht die Realisierung. - **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** fügt hinzu, die ProKom habe über keinerlei Personalbewirtschaftungsmaßnahmen diskutiert, sondern sich grundsätzlich die Struktur der Referate und Abteilungen angesehen und überlegt, wo Synergieeffekte usw. zu erzielen seien.

Zur Realisierung der kw-Vermerke macht **Direktor beim Landtag Große-Sender** noch darauf aufmerksam, daß das Lebensalter der Beschäftigten eine große Unsicherheit darstelle. Manche hätten noch viele Berufsjahre vor sich; bei den potentiell Betroffenen betrage diese Zeitspanne im Durchschnitt neun Jahre. Unter Umständen könnten kw-Vermerke aber auch viel früher realisiert werden, wenn jemand z. B. auf einen anderen Arbeitsplatz wechsele.

RD Dr. Taube führt beispielhaft an, daß im Organisationsreferat ein kw-Vermerk ausgebracht, auf der anderen Seite aber im neuen Controlling-Referat eine Sachbearbeiterstelle geschaffen werde. Es sei bekannt, daß einer der Organisatoren an Fragen des Controlling Interesse habe. Wenn dieser sich auf die neue Stelle bewerben sollte und auch genommen werde, könne der kw-Vermerk im Organisationsreferat schon 1998 realisiert werden. Diese Position sei aber in der Rechnung bisher nicht enthalten.

Der Redner fährt dann in der Aufzählung der nach seiner Einschätzung im Jahre 1998 erzielbaren Einsparungen fort:

- 76 000 DM für eine derzeit nicht besetzte A-12-Stelle bei den Mitarbeitern der Abgeordneten,
- 84 000 DM für eine Stelle im Bereich "Vertragsabwicklung nach BVB", was allerdings voraussetze, daß der betreffende Kollege vorzeitig in Ruhestand gehe,
- 67 000 DM für die Nichtbesetzung einer Stelle in der Druckerei,
- 30 000 DM beim Kopierbeauftragten, dessen Vertragsgestaltung anders aussehen solle.

Dies ergebe prognostisch Einsparungen zwischen 500 000 und 700 000 DM, wobei die Beträge aufgrund des Lebensalters abweichen könnten und Unsicherheiten im Hinblick auf Personalratsverfahren, auf der anderen Seite aber auch im Hinblick auf hausinterne Bewerbungen usw. bestünden.

Vorsitzender Peter Bensmann meint, daß der genannte Einsparungsbetrag nur unter optimalen Bedingungen, nämlich bei einer Realisierung schon zum 1. Januar, erzielt werden könne. - Dies gilt nach den Worten von **RD Dr. Taube** auf der anderen Seite aber auch für den Aufwand für die neu zu besetzenden Stellen.

Volkmar Klein (CDU) wünscht zu erfahren, wie der kw-Vermerk bei der BAT-IVa-Stelle begründet werde, da auf den ersten Blick solche Dinge wie Arbeitszeiterfassung, Personalbetreuung und Fortbildung unverzichtbar erschienen.

Diese Maßnahme dürfe nicht isoliert gesehen werden, erläutert **RD Dr. Taube**. Die ProKom habe sich der Auffassung der KPMG angeschlossen, daß die Bearbeitung der Aufgabengebiete "Entschädigung der Abgeordneten", "Bezahlung der Mitarbeiter der Abgeordneten" und "Bezahlung der Mitarbeiter der Verwaltung", die bisher in drei Referaten in zwei Abteilungen organisiert seien, konzentriert werden sollte. Durch Zusammenlegung ergebe sich ein Referat mit einer B-2-Stelle, einer A-15-Stelle und neun Stellen der Wertigkeit A 13 bis A 11.

Die ProKom habe vorgeschlagen, in diesem Bereich eine A-12-Stelle zu einer A-13-Stelle und eine BAT-IVa-Stelle zu einer BAT-III-Stelle höherzustufen; im Gegenzug seien eine A-12- und eine BAT-IVa-Stelle entbehrlich. Die genannten Aufgaben blieben selbstverständlich erhalten; nur könne durch die Umstrukturierung einschließlich der zusätzlichen Maßnahmen die Arbeit miterledigt werden.

Auf die Frage des **Helmut Diegel (CDU)**, ob er auch meine, daß diese Stelle entbehrlich sei, antwortet **Direktor beim Landtag Große-Sender**, es dürfte sich im Hause herumgesprochen haben, daß er sich für die Erhaltung dieser Stelle eingesetzt habe.

Wer eigentlich federführend für die Landtagsverwaltung spreche, möchte **Helmut Diegel (CDU)** wissen. - Nach der Geschäftsordnung des Landtags sei der Präsident Behördenleiter, stellt **RD Dr. Taube** fest. - Dazu gebe es offenbar, bemerkt **Vorsitzender Peter Bensmann**, das von Frau Meyer-Schiffer angesprochene, ihm jedoch nicht bekannte Schreiben des Präsidenten an den Vorsitzenden des HFA, wonach Dr. Taube bei den Haushaltsberatungen den Präsidenten vertrete. - Dem widerspricht **Direktor beim Landtag Große-Sender**. Es gebe einen Brief des Präsidenten, in dem dieser darum bitte, Herrn Dr. Taube im Rahmen der Haushaltsberatungen das Wort zu geben.

Für **Helmut Diegel (CDU)** besteht ein wesentlicher Unterschied darin, ob jemand bei den parlamentarischen Beratungen das Wort bekomme oder ob er die Federführung habe. Nach dem Geschäftsverteilungsplan sei der Direktor des Landtags der Stellvertreter des Präsidenten und von daher auch derjenige, der hier federführend zuständig sei. Aufgrund des Gesagten sei er sich aber noch nicht ganz schlüssig, wer nun maßgeblicher Ansprechpartner für das Parlament sei.

Der angesprochene Brief ändere an seiner Funktion überhaupt nichts, legt **Direktor beim Landtag Große-Sender** dar. Soweit ihm bekannt sei, habe der Präsident den Brief im Hinblick auf den Erklärungsbedarf geschrieben, der im Ausschuß bestehen könnte. Denn Herr Dr. Taube sei bei allen Beratungen dabeigewesen, während er - der Direktor - nicht bei allen

Beratungen anwesend gewesen sei und insofern unter Umständen keine schlüssigen Erklärungen abgeben könne. Dies ändere jedoch nichts daran, daß er Vertreter des Präsidenten sei und bei der Beratung im Rahmen des Üblichen für den Präsidenten Rede und Antwort stehe.

Daraus zieht **Helmut Diegel (CDU)** den Schluß, daß der Landtagsdirektor federführend zuständig sei. Und wenn er sich für die Beibehaltung der genannten BAT-IVa-Stelle ausspreche, müsse das eigentlich heißen, daß der im Haushaltsentwurf vorgesehene kw-Vermerk gestrichen werden könne.

Direktor beim Landtag Große-Sender entgegnet, er habe vorhin, weil er danach gefragt worden sei, seine Meinung zum Ausdruck gebracht. Er müsse nun vortragen, daß der Präsident diese Auffassung nicht teile, sondern darum bitte, so zu verfahren, wie es der Haushaltsentwurf vorsehe.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) macht darauf aufmerksam, daß es beim Einzelplan 01 insofern eine Besonderheit gebe, als nach der Geschäftsordnung das Präsidium den Präsidenten bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs unterstütze. Insofern sei es folgerichtig gewesen, daß im Anschluß an die Empfehlung der ProKom das Präsidium den Beschluß so gefaßt habe, wie er heute vorliege. Das heiße, daß der Präsident mit seinem Präsidium hinter dem Haushaltsentwurf stehe.

Die Abgeordnete stimmt der Auffassung zu, daß die Bestellung Dr. Taubes zum ProKom-Beauftragten zur Begleitung der Umsetzung des Gutachtens nicht die sonstige Geschäftsverteilung im Hause des Landtags berühre.

Helmut Diegel (CDU) hat nichts dagegen einzuwenden, daß Herr Dr. Taube das Wort erhalte, wenn er gefragt werde oder meine, eine Erklärung abgeben zu müssen. Zugleich halte er es für geklärt, daß ansonsten der Direktor des Landtags der federführende Ansprechpartner für den Unterausschuß sei.

Vorsitzender Peter Bensmann macht deutlich, das letzte Wort habe nun einmal der Präsident, und dies müsse der Unterausschuß als Arbeitsgrundlage nehmen.

Sodann stellt er fest, daß keine Wortmeldungen mehr vorlägen, und schließt diesen ersten Teil der Beratung, die am 26. November fortgesetzt werde.

(Direktor beim Landtag Große-Sender und RD Dr. Taube verlassen die Sitzung. - Die Vertreterinnen und Vertreter der bei den folgenden Tagesordnungspunkten beteiligten Ressorts werden wieder in den Sitzungssaal gebeten.)